

Zertifizierungsanforderungen

1. Anbieterkennzeichnung

Der Online-Shop muss an einer einfach auffindbaren Stelle unter eindeutiger Verweisung (z.B. „Impressum“) eine einfach les- und ausdrückbare Anbieterkennzeichnung führen, die folgende Angaben enthält:

- Firma (Name und Rechtsform);
- Name der Vertretungsberechtigten (bei Auslandslieferungen auch Nennung eines Vertreters im Wohnsitzland des Verbrauchers, wenn es einen solchen Vertreter gibt);
- Ladungsfähige Anschrift des Unternehmens (Straße, Postleitzahl, Ort) sowie ggf. des Auslandsvertreters;
- Telefonnummer und E-Mail-Adresse für Kundenanfragen (Kundendienstinformation);
- wenn das Unternehmen in ein Unternehmensregister eingetragen ist, das Registergericht und die zugehörige Registernummer;
- sofern vorhanden, die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer; und
- sofern erforderlich, die zuständige Aufsichtsbehörde, Kammer, gesetzliche Berufsbezeichnung und ein Verweis auf die berufsrechtlichen Regelungen.

2. Vertragsschluss; Allgemeine Geschäftsbedingungen

Vor Entgegennahme einer Bestellung muss der Online-Shop den Verbraucher an geeigneter Stelle klar und verständlich über die wesentlichen Merkmale der bestellten Ware oder Dienstleistung (Produktbeschreibung) informieren. Vor Abgabe der verbindlichen Bestellung muss über die technische Möglichkeit, Eingabefehler zu korrigieren (z.B. Reset-Button), über die einzelnen technischen Schritte des Vertragsschlusses, darüber, ob der Vertragstext gespeichert wird und zugänglich ist sowie über die für den Vertragsschluss zur Verfügung stehenden Sprachen informiert werden.

Wenn Allgemeine Geschäftsbedingungen verwendet werden, muss auf diese auf der Startseite und Bestellseite des Online-Shops unter einer eindeutigen Bezeichnung (z.B. „AGB“) hingewiesen werden. Umfang, Struktur, Farben und Zeichengröße sind so zu wählen, dass Wahrnehmbarkeit und Verständlichkeit jederzeit gegeben sind. Allgemeine Geschäftsbedingungen müssen in den Sprachen der Verbraucher klar und verständlich gefasst sein, an die sich das Angebot richtet und von diesen einfach in wiedergabefähiger Form (z.B. HTML) gespeichert und reproduziert werden können. In AGB darf keine Klausel enthalten sein, welche im Handel mit Verbrauchern innerhalb der EU als ausschließlichen Gerichtsstand den Sitz des Online-Shops festlegt.

3. Vertriebs- und Marketingbeschränkungen; Jugendschutz; E-Mail-Werbung

Der Online-Shop verpflichtet sich, nur Waren oder Dienstleistungen anzubieten, deren Absatz über das Internet zweifelloso erlaubt ist und sämtliche räumlichen und branchenspezifischen Vertriebsbeschränkungen zu beachten. Die Darstellung aller Texte und Abbildungen muss zweifelloso innerhalb der gesetzlichen Bestimmungen liegen.

Der Online-Shop verpflichtet sich insbesondere, durch anerkannte Alterskontrollmechanismen (z.B. Post-Ident-Verfahren) sicherzustellen, dass Waren, deren Verkauf nur an volljährige Personen erlaubt ist, nicht an Minderjährige geliefert werden und jugendgefährdende Inhalte Minderjährigen nicht zugänglich sind.

Der Online-Shop darf außerhalb einer bestehenden Kundenbeziehung E-Mail-Werbung nur mit ausdrücklicher Einwilligung des Empfängers verschicken. Sofern der Online-Shop im Rahmen einer bestehenden Kundenbeziehung unaufgefordert absatzfördernde E-Mails verschickt (z.B. Angebote eigener ähnlicher Waren), müssen diese anhand der Betreffzeile als kommerziell zu erkennen sein. Dem Empfänger solcher E-Mails muss jeweils eine einfache Möglichkeit geboten werden, den Empfang weiterer absatzfördernder E-Mails zu verhindern, ohne dass hierfür andere als die Übermittlungskosten nach den Basistarifen entstehen.

4. Preistransparenz; Zahlungsbedingungen

Der Online-Shop muss gegenüber Verbrauchern die Preise angeben, die einschließlich der Umsatzsteuer, aller Zölle und sonstiger Preisbestandteile sowie Zusatzkosten (z.B. für Porto und Versand) zu zahlen sind (Endpreise); darüber hinaus muss angegeben werden, dass die Umsatzsteuer und sonstige Preisbestandteile enthalten sind und ob zusätzlich Liefer- und Versandkosten anfallen. Ist eine genaue Preisangabe nicht möglich, ist die Grundlage für die Berechnung anzugeben, die dem Verbraucher die Überprüfung des Preises ermöglicht. Die Preise sind dem Angebot eindeutig zuzuordnen (unmittelbar neben der Ware oder Dienstleistung) und müssen leicht wahrnehmbar sein. Werden mehrere Artikel bestellt, muss das Bestellsystem des Online-Shops dem Verbraucher stets die

Kontrolle ermöglichen, welche Artikel er in welcher Anzahl vorgemerkt hat.

Befristet gültige Angebote und Angebote zur Verkaufsförderung (z.B. Preisnachlässe, Zugaben, Geschenke, Preisabschreiben oder Gewinnspiele) müssen als solche klar erkennbar sein, und die Bedingungen für Ihre Inanspruchnahme müssen leicht zugänglich sein sowie klar und unzweideutig angegeben werden.

Der Online-Shop muss über die Einzelheiten der Zahlung klar und verständlich informieren; insbesondere müssen zusätzliche Entgelte für das Zahlungsverfahren und der Zeitpunkt des Zahlungsvorgangs bei Einzugermächtigung, Kreditkartenzahlung oder elektronischer Zahlung genannt werden.

Der Online-Shop muss vor der Bestellung deutlich auf zusätzliche Verbindungskosten hinweisen, die über die üblichen Grundtarife, mit denen der Verbraucher rechnen muss, hinausgehen.

5. Bestellbestätigung; Informationen in Textform

Der Online-Shop muss den Eingang der Bestellung dem Verbraucher unverzüglich per E-Mail oder online bestätigen. Spätestens bis zur Lieferung bzw. Erbringung der Dienstleistung muss dem Verbraucher eine Bestellbestätigung in Textform (per E-Mail oder in Papierform) zugehen, die folgende Angaben enthalten muss:

- in hervorgehobener und deutlich gestalteter Form: alle Angaben zur Anbieterkennzeichnung gemäß Nr. 1;
- die Produktbeschreibung und die Informationen zum Vertragsschluss (Nr. 2);
- eventuelle Leistungsvorbehalte (Nr. 6);
- die Einzelpreise und den Endpreis der bestellten Waren oder Dienstleistungen (Nr. 4);
- ggf. zusätzliche Porto- und Versandkosten (Nr. 4);
- Einzelheiten der Zahlung (Nr. 4);
- Einzelheiten der Leistungserbringung (Nr. 6);
- in hervorgehobener und deutlich gestalteter Form: Einzelheiten zu Widerruf oder Rückgabe (Nr. 7);
- Informationen zu Kundendienst (Nr. 1) und geltende Gewährleistungsbedingungen;
- ggf. die Mindestlaufzeit des Vertrages und Kündigungsbedingungen (bei dauernden oder regelmäßig wiederkehrenden Leistungen wie z.B. Zeitschriftenabonnements, Mobilfunkverträge);
- ggf. die AGB, sofern verwendet (Nr. 2);

6. Leistungserbringung; Kundenservice

Der Online-Shop muss den Verbraucher über die Einzelheiten der Leistungserbringung informieren, bei Warenlieferungen insbesondere über regionale Einschränkungen des Liefergebietes, absehbare Nichteinhaltung voraussichtlicher Liefertermine und Nichtlieferbarkeit vergriffener Produkte.

Dienstleister aus den Bereichen Unterbringung, Beförderung und Freizeitgestaltung müssen die zur Inanspruchnahme der vereinbarten Leistung erforderlichen Dokumente (z.B. Reservierungsbestätigung, Konzertkarten) rechtzeitig vor Beginn der Dienstleistung zuschicken oder an geeigneter Stelle (z.B. Hotelrezeption, Konzertkasse) hinterlegen.

Online-Dienstleistungen sind zu den vereinbarten Terminen und Bedingungen zu erbringen.

Der Online-Shop muss auf eventuelle Vorbehalte, eine gleichwertige Ware zu liefern oder im Falle der Nichtverfügbarkeit nicht zu liefern (Leistungsvorbehalte) deutlich hinweisen.

Der Online-Shop muss Kundenanfragen und –beschwerden stets innerhalb angemessener Zeit beantworten.

7. Widerrufs- oder Rückgaberecht und Kaufpreiserstattung

Der Online-Shop muss gegenüber Verbrauchern ein Widerrufsrecht nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen einräumen und den Verbraucher vor Abgabe der Bestellung deutlich über das Bestehen und die Einzelheiten der Ausübung dieses Rechtes belehren. Übt der Verbraucher das Widerrufsrecht aus und sendet die Waren vertragsgemäß zurück, muss die Kaufpreiserstattung seitens des Online-Shops unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 30 Tagen nach Rücksendung der Waren erfolgen.

Der Online-Shop muss die in Nr. 12 genannten landesspezifischen Besonderheiten hinsichtlich der Frist und Modalitäten beachten.

Der Online-Shop muss vor Bestellung deutlich darauf hinweisen, wenn es für Verträge über Lieferung bestimmter Waren (insbesondere Maßanfertigungen, verderbliche Ware, entsie-

gelte oder heruntergeladene Software, Tageszeitungen) oder Erbringung bestimmter Dienstleistungen (z.B. Internetzugangsverträge, Mobilfunkverträge) kein gesetzliches Widerrufsrecht gibt bzw. dieses mit Zustimmung des Verbrauchers vorzeitig erlischt; die Annahme von Falschliefungen oder Waren, die im Rahmen der Mängelgewährleistung zurück geschickt werden, darf nicht ausgeschlossen werden.

Der Online-Shop soll dem Verbraucher ein Rückgabeformular zur Verfügung stellen, auf dem dieser angeben kann, ob er die Ware gegen Rückerstattung des Kaufpreises endgültig zurückgeben oder umtauschen bzw. reparieren lassen möchte, um Missverständnisse zu vermeiden.

8. Datenschutz

Der Online-Shop ist verpflichtet, die Gesetze zum Datenschutz einzuhalten und muss den Verbraucher an einer leicht auffindbaren Stelle über die Zwecke der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten unterrichten (Privacy-Statement). Der Online-Shop soll, sofern vorhanden, den betrieblichen Datenschutzbeauftragten und die zuständige Aufsichtsbehörde benennen.

Erhebung, Verarbeitung und Nutzung für eigene Zwecke

Der Online-Shop darf personenbezogene Daten eines Verbrauchers erheben, verarbeiten und nutzen, soweit sie für die Begründung, inhaltliche Ausgestaltung oder Änderung des Vertragsverhältnisses erforderlich sind (Bestandsdaten), wobei so wenige personenbezogene Daten wie möglich zu erheben sind. Nutzungsdaten dürfen anonymisiert gespeichert werden, bei Verwendung von Cookies muss der Verbraucher in allgemeinverständlicher Sprache auf Umfang, Funktion und Zweck der Speicherung hingewiesen werden. Abrechnungsdaten müssen gelöscht werden, sobald sie für Zwecke der Abrechnung nicht mehr erforderlich sind.

Weitergabe an Dritte

Der Online-Shop darf Bestandsdaten an Dritte nur übermitteln, soweit der Verbraucher eingewilligt hat oder wenn eine Rechtsvorschrift dies anordnet (z.B. Übermittlung an Strafverfolgungsbehörden). Die Weitergabe von Nutzungsdaten ist nur in anonymisierter Form, die Weitergabe von Abrechnungsdaten nur zulässig, soweit diese zum Zwecke der Einziehung einer Forderung erforderlich sind.

Form der Einwilligung

Jede Einwilligung muss vor der verbindlichen Bestellung durch eine eindeutige und bewusste Handlung des Verbrauchers erfolgen, und der Inhalt der Einwilligung muss jederzeit vom Verbraucher abgerufen werden können.

Auskunft, Löschung und Sperrung

Der Online-Shop muss dem Verbraucher auf Verlangen jederzeit unentgeltlich Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten (Umfang, Zwecke, weitere Empfänger) geben und diese auf Verlangen löschen, berichtigen und für Zwecke der Werbung oder Markt- oder Meinungsforschung sperren.

9. Daten- und Systemsicherheit

Der Online-Shop verpflichtet sich, ein geeignetes IT-Sicherheitskonzept, insbesondere Verschlüsselungstechnologie, Vorkehrungen gegen den Zugriff bzw. Zutritt unberechtigter Dritter und sichere Server einzusetzen, um die Privatsphäre des Verbrauchers zu schützen und Missbrauch zu verhindern.

Der elektronische Transfer von Zahlungsinformationen muss stets verschlüsselt erfolgen. Art und Stärke der Verschlüsselung müssen dem Verbraucher an leicht auffindbarer Stelle mitgeteilt werden.

Eine Übertragung der Zahlungsinformationen ohne Verschlüsselung darf optional angeboten werden (z.B. falls der Verbraucher aus technischen Gründen keine Verschlüsselung nutzen kann). Vor der Auswahl dieser Option muss der Verbraucher durch einen deutlichen Warnhinweis auf die Gefahren einer unverschlüsselten Übertragung hingewiesen werden.

10. Reiseveranstalter

Reiseveranstalter müssen zusätzlich folgende Anforderungen erfüllen:

Vorvertragliche Informationen

Vor Entgegennahme einer Bestellung muss der Reiseveranstalter den Verbraucher an geeigneter Stelle klar und verständlich informieren über:

- den Reisepreis (Endpreis) und die Zahlungsmodalitäten wie in Nr. 4 beschrieben, insbesondere auch über die Höhe

einer evtl. zu leistenden Anzahlung und die Fälligkeit des Restbetrages:

- Hinweisen auf etwa vorbehaltene Preisänderungen sowie deren Bestimmungsfaktoren und auf nicht im Reisepreis enthaltene Angaben;
- den genauen Zielort oder, wenn die Reise mehrere Aufenthalte umfasst, die einzelnen Zielorte sowie die einzelnen Zeiträume und deren Termine;
- Tag, Zeit und Ort der Abreise und Rückkehr;
- die Transportmittel (Merkmale und Klasse);
- die Art der Unterbringung (Art, Lage, Kategorie oder Komfort und Hauptmerkmale sowie ggf. die touristische Einstufung);
- die Art der Verpflegung (z.B. Halbpension);
- Informationen über den möglichen Abschluss einer Reiserücktrittskostenversicherung oder einer Versicherung zur Deckung der Rückführungskosten bei Unfall oder Krankheit unter Angabe von Namen und Anschrift des Versicherers;
- ggf. die Reiseroute (z.B. bei Rundreisen);
- ggf. Pass- und Visumersfordernisse;
- ggf. gesundheitspolizeiliche Formalitäten, die für die Reise und den Aufenthalt erforderlich sind (z.B. Impfungen, Atteste);
- ggf. eine für die Durchführung der Reise erforderliche Mindestteilnehmerzahl;
- ggf. Besuche, Ausflüge und sonstige im Reisepreis inbegriffene Leistungen;

Reisebestätigung: Allgemeine Reisebedingungen

Spätestens mit Lieferung der Reiseunterlagen muss dem Verbraucher eine Reisebestätigung zugehen, die folgende Angaben enthält:

- Name und Anschrift des Reiseveranstalters;
- die Allgemeinen Reisebedingungen (sofern vorhanden);
- die vorstehend (Nr. 10, Vorvertragliche Informationen) genannten Angaben;

11. Vermittler

Online-Shops, die den Abschluss von Kauf-, Dienstleistungs- oder Reiseverträgen mit anderen Anbietern (Leistungsträgern) vermitteln und selbst nicht Vertragspartner hinsichtlich dieser Leistungen werden (Vermittler), müssen vor Entgegennahme einer Bestellung den Verbraucher an geeigneter Stelle klar und verständlich informieren über:

- den Umstand, dass der Vermittler nicht Vertragspartner hinsichtlich der vereinbarten Leistung ist;
- den Namen und die Anschrift des Vertragspartners der vereinbarten Leistung; und
- die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Vertragspartners der vereinbarten Leistung.

Der Vermittler muss zudem sicherstellen, dass die Leistungsträger die in Nr. 1-10 beschriebenen Pflichten erfüllen.

12. Landesspezifische Besonderheiten

Sofern keine Rechtswahl getroffen wird, gelten die Vorschriften des Landes, in dem der Verbraucher seinen Sitz hat. Sofern das Recht des Landes vereinbart ist, in dem der Online-Shop seinen Sitz hat, finden die dort geltenden Verbraucherschutzvorschriften Anwendung (z.B. Vereinbarung deutschen Rechts führt zu 14 Kalendertagen Widerrufsrecht auch für Verbraucher aus Österreich). Bei Lieferung an Verbraucher mit Sitz in anderen Ländern muss der Online-Shop zusätzlich die nachfolgenden Besonderheiten beachten (z.B. deutsches Recht vereinbart, zusätzlich gilt englisches Verbraucherschutzrecht). Bei Widersprüchen gilt die für den Verbraucher günstigere Regelung (z.B. deutsches Recht vereinbart, 14 Kalendertage Widerrufsrecht auch für österreichische Kunden, obwohl in Österreich nur 7 Werktage gelten).

Belgien: Die Widerrufsfrist muss 7 Werktage betragen und beginnt mit dem auf die Ablieferung der Ware folgenden Tag, im Falle von Dienstleistungen mit dem auf den Vertragsabschluss folgenden Tage zu laufen. Der Verbraucher trägt die direkten Kosten der Rücksendung, es sei denn, der Online Shop erfüllt seine Informationspflichten nicht oder die gelieferten Waren stimmen nicht mit der Produktbeschreibung überein.

Dänemark: Die Widerrufsfrist muss 14 Tage betragen und beginnt mit dem Tage der Ablieferung der Ware zu laufen. Im Falle von Dienstleistungen beginnt der Fristenlauf mit dem Tage, an dem der Verbraucher über den Abschluss des Vertrages informiert wurde. Der Verbraucher hat die direkten Kosten der Warenrücksendung zu tragen.

Deutschland: Statt des Widerrufsrechtes kann ein Rückgaberecht eingeräumt werden. Die Widerrufsfrist muss 14 Tage betragen und beginnt mit Ablieferung der Ware und Erfüllung aller Informationspflichten zu laufen. Wenn ein Widerrufsrecht (nicht Rückgaberecht) besteht, dürfen dem Verbraucher die regelmäßigen Kosten der Rücksendung vertraglich auferlegt werden, wenn der Preis der zurückzusendenden Sache einen Betrag von 40 EUR nicht übersteigt oder wenn bei einem höheren Preis der Sache der Verbraucher die Gegenleistung

oder eine Teilzahlung zum Zeitpunkt des Widerrufs noch nicht erbracht hat, es sei denn, dass die gelieferte Ware nicht der bestellten entspricht. In AGB darf keine Klausel enthalten sein, welche dem Verbraucher die Transportgefahr auferlegt. Der Online-Shop darf die Annahme von Rücksendungen oder die Rückerstattung des Kaufpreises nicht davon abhängig machen, dass die Sendung ausreichend frankiert, die Ware ungebraucht oder originalverpackt ist. Wenn der Online-Shop Wertersatz für Verschlechterung von Waren durch Ingebrauchnahme beanspruchen will, muss er bei Vertragsschluss in Textform auf diese Rechtsfolge und die Möglichkeit ihrer Vermeidung hinweisen.

Finnland: Die Widerrufsfrist muss 14 Tage betragen und beginnt grundsätzlich mit dem auf den Erhalt einer schriftlichen Auftragsbestätigung durch den Verbraucher folgenden Tage zu laufen, im Falle einer Warenlieferung jedoch erst mit der Ablieferung, sofern zuvor eine schriftliche Auftragsbestätigung bei dem Verbraucher eingetroffen ist. Läuft die Frist an einem Samstag oder an einem Feiertag aus, so verlängert sich die Frist bis zum jeweils folgenden Werktag. Der Unternehmer hat dem Verbraucher die Kosten der Warenrücksendung zu ersetzen, sofern die zurückgesendete Ware durch die Post transportiert werden kann.

Frankreich: Die Widerrufsfrist muss 7 Tage betragen und beginnt mit dem Tage des Erhalts der Ware durch den Verbraucher, im Falle von Dienstleistungen mit der Annahme des Vertrages zu laufen. Läuft die Frist an einem Samstag, Sonntag oder an einem gesetzlichen Feiertag aus, so verlängert sich die Frist bis zum jeweils folgenden Werktag. Der Verbraucher hat die direkten Kosten der Warenrücksendung zu tragen.

Griechenland: Die Widerrufsfrist muss 10 Tage betragen und beginnt mit dem Tage der Ablieferung zu laufen, im Falle von Dienstleistungen an dem Tag, an dem der Verbraucher eine schriftliche Bestätigung des Vertragsschlusses erhält. Die in Artikel 6 (3) der EU-Fernabsatzrichtlinie 97/7* enthaltenen Verträge sind nicht vom Widerruf ausgeschlossen. Der Verbraucher hat die direkten Kosten der Warenrücksendung zu tragen und muss die Ware im Originalzustand zurückzusenden.

Großbritannien: Die Widerrufsfrist muss 7 Werktage betragen, beginnend mit dem Tag nach dem Erhalt der Ware durch den Verbraucher, im Falle von Dienstleistungen mit dem Tag des Vertragsschlusses. Der Verbraucher hat die direkten Kosten der Rücksendung zu tragen, sofern ausdrücklich vertraglich vereinbart wurde, dass der Kunde die empfangene Ware im Falle eines Widerrufs zurücksenden muss. Erfolgt keine derartige Vereinbarung, muss der Online-Shop die Ware auf seine Kosten abholen.

Irland: Die Widerrufsfrist muss 7 Werktage betragen, beginnend mit dem Tage des Erhalts der Ware durch den Verbraucher. Im Falle von Dienstleistungen beginnt der Fristenlauf mit dem Tage des Vertragsschlusses. Der Verbraucher hat die direkten Kosten einer Warenrücksendung zu tragen.

Italien: Die Widerrufsfrist muss 10 Werktage betragen und beginnt an dem Tage des Erhalts der Ware durch den Verbraucher, im Falle von Dienstleistungen mit dem Tage des Vertragsschlusses. Eine wirksame Ausübung des Widerrufsrechtes ist nur dann möglich, wenn der Verbraucher dem Unternehmer per Einschreiben mit Empfangsbestätigung den Widerruf zukommen lässt. Der Verbraucher hat die Kosten der Rücksendung zu tragen.

Luxemburg: Die Widerrufsfrist muss 7 Werktage betragen, beginnend mit der Ablieferung der Ware. Im Falle von Dienstleistungen beginnt der Fristenlauf mit dem Tage des Vertragsschlusses. Der Verbraucher hat die direkten Kosten der Warenrücksendung zu tragen.

Niederlande: Die Widerrufsfrist muss 7 Werktage betragen. Die Ausnahmefälle nach Artikel 6 (3) der EU-Fernabsatzrichtlinie 97/7* sind eingeschränkt, und abweichende Vereinbarungen sind unzulässig. Der Verbraucher hat die direkten Kosten der Warenrücksendung zu tragen.

Österreich: Die Widerrufsfrist muss 7 Werktage betragen, beginnend mit dem Eingang der Ware beim Empfänger. Im Falle von Dienstleistungen beginnt der Fristenlauf mit dem Tage des Vertragsschlusses. Erfolgt ein Widerruf, so sind dem Verbraucher bereits erbrachte Leistungen unverzüglich zurückzuerstatten. Der Verbraucher hat die direkten Kosten der Warenrücksendung zu tragen.

Portugal: Die Widerrufsfrist muss 14 Tage betragen und beginnt mit dem Eingang der Ware beim Empfänger zu laufen, im Falle von Dienstleistungen am Tage des Vertragsschlusses. Der Verbraucher hat ausdrücklich für den guten Zustand der empfangenen Ware Sorge zu tragen. Der Verbraucher muss den Widerruf mittels Einschreiben mit Empfangsbestätigung anzeigen und hat die direkten Kosten der Warenrücksendung zu tragen.

Schweden: Die Widerrufsfrist muss 14 Tage betragen und beginnt mit dem Erhalt der Ware. Der Verbraucher hat die direkten Kosten der Warenrücksendung zu tragen.

Schweiz: In der Schweiz gibt es zur Zeit kein gesetzliches Widerrufsrecht für Fernabsatzverträge.

Spanien: Die Widerrufsfrist muss 7 Werktage betragen, beginnend mit dem Erhalt der Ware. Werden die empfangenen Leistungen dem Verbraucher nicht innerhalb der 30-Tagesfrist zurückerstattet, so kann der Verbraucher das zweifache des ursprünglich gezahlten Betrages geltend machen. Der Verbraucher trägt die direkten Kosten der Rücksendung.

* Artikel 6 (3) der EU-Fernabsatzrichtlinie 97/7:

„Sofern die Parteien nichts anderes vereinbart haben, kann der Verbraucher das in Absatz 1 vorgesehene Widerrufsrecht nicht ausüben bei

Verträgen zur Erbringung von Dienstleistungen, deren Ausführung mit Zustimmung des Verbrauchers vor Ende der Frist von sieben Werktagen gemäß Absatz 1 begonnen hat;

Verträgen zur Lieferung von Waren oder Erbringung von Dienstleistungen, deren Preis von der Entwicklung der Sätze auf den Finanzmärkten, auf die der Lieferer keinen Einfluss hat, abhängt;

Verträgen zur Lieferung von Waren, die nach Kundenspezifikation angefertigt werden oder eindeutig auf die persönlichen Bedürfnisse zugeschnitten sind oder die aufgrund ihrer Beschaffenheit nicht für eine Rücksendung geeignet sind oder schnell verderben können oder deren Verfalldatum überschritten würde;

Verträgen zur Lieferung von Audio- oder Videoaufzeichnungen oder Software, die vom Verbraucher entsiegelt worden sind;

Verträgen zur Lieferung von Zeitungen, Zeitschriften und Illustrierten;

Verträgen zur Erbringung von Wett- und Lotteriedienstleistungen.“